Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille - Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 45 | **München / 4. Jahrgang** | **9. November 1917**

Troelstra über die Judenfrage.

P. J. Troelstra, der Präsident der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, die gemeinsam mit den skandinavischen Bruderorganisationen die Initiative zur Stockholmer Friedensaktion ergriff, äußerte sich nach seiner Rückkehr aus Stockholm gegenüber einem Redakteur des Jüdischen Korrespondenzbureaus im Haag über seine Auffassung der Judenfrage, die Aussichten ihrer Lösung und die jüdischen Deputationen, die in Stockholm erschienen waren.

„Wir sind der Meinung,“ erklärte Troelstra, „daß die Judenfrage eine besond'ere Stellung zwischen den nationalen Fragen einnimmt. Das gilt aber besonders für Rußland, Polen, Rumänien, Österreich und insoweit es sich um die Kolonisierung Palästinas handelt auch für die Türkei. Für die verschiedenen Nationalitäten in den genannten Ländern fordern wir kulturelle und in den meisten Fällen auch politische Autonomie. Die Autonomie, welche für die Juden, sofern diese in den genannten Ländern eine kompakte Masse bilden, gefordert wird, ist hauptsächlich kultureller und gewissermaßen auch wirtschaftlicher Natur. Für Palästina wird die freie Entwicklung der jüdischen Kolonisation gefordert, und es besteht die Hoffnung, daß es auch gelingen wird, die Kolonisation durch die Einführung einer gewissen Autonomie und durch Verbesserung des Rechtswesens zu fördern. Das sind die Hauptgesichtspunkte, welche uns bei der Aufstellung unserer Forderungen leiteten.

Sicherlich ist die Judenfrage durch kulturelle Autonomie allein nicht lösbar. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat das jüdische Volk sich nicht normal entwickeln können. Um den Juden die Möglichkeit zu geben, ihre wirtschaftliche Entwicklung in normale Bahnen zu lenken, werden die jüdischen Organisationen gewisse autonome Rechte auch auf wirtschaftlichem Gebiet erhalten müssen.

Der Interviewer: „Wie verhalten Sie sich gegenüber der Forderung des Zionismus nach einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina?“

Troelstra: „Das ist eine Frage, welche eigentlich mit den großen Zielfragen dieses Krieges zusammenhängt. Deutschland hat wohl das Ziel, der Auflösung Österreichs wie der Aufteilung der Türkei entgegen zu wirken. Wir wollen einen Frieden durch Verständigung, und wenn man einen solchen Frieden will, dann muß man diese Bestrebungen der Zentralmächte berücksichtigen. Auch die zionistische Frage wird innerhalb des Rahmens dieses Verständigungsfriedens gelöst werden müssen und darum ergibt sich für uns, daß die Forderungen, welche man für die Förderung der jüdischen Kolonisation in Palästina aufstellt, sich mit der gegenwärtigen Souveränität der Türkei über das palästinensische Gebiet vertragen müssen. Etwas anderes ist es, wenn der Verständigungsfriede nicht zustandekommen und ein Erschöpfungs- oder Notfriede kommen sollte. Heute handelt es sich um einen Versuch, der gerechte Forderungen, soweit es möglich ist, erfüllt. Allerdings nur das und nicht mehr. Es ist möglich, daß der Friede überhaupt nicht früh genug kommt, um von wirklichen politischen Erwägungen diktiert zu sein. In diesem Fall hängt alles von der neuen Situation ab, die dann eintritt, von der wirklichen Revolution, die dann vielleicht kommt. Für diese Zukunft ist nichts zu entwerfen. Wird man einen Verständigungsfrieden schließen, solange es noch Zeit ist, einen solchen herbeizuführen, dann wird man natürlich durch die allgemeinen Voraussetzungen für einen Verständigungsfrieden gebunden sein. Dann müssen die besonderen Forderungen, welche man an die Türkei zu stellen hat, auf dem Wege der besonderen Vereinbarung geregelt werden. Und in dieser Hinsicht kann die sozialistische Internationale den Juden helfen. Nicht dadurch, daß sie Forderungen aufstellt, welche zu weit gehen würden, sondern daß sie ihre Sympathie zu den verschiedenen Forderungen der jüdischen Bewegung ausspricht. Wenn eine große Körperschaft ihre Sympathie ausspricht, dann wird der Boden vorbereitet. Es kommt nicht nur auf die Forderung selbst an, sondern daß man weiß, daß die Juden in dem, was sie für sich verlangen, nicht allein stehen, daß sie dabei große Teile der Gesellschaft hinter sich haben. Wenn die internationale sozialistische Konferenz einmal tagt, dann werden auch in der Judenfrage noch Widerstände zu bekämpfen sein. Inzwischen machen die Juden in Rußland gute Arbeit. Die internationale Lösung der Judenfrage wird insbesondere davon abhängen, welche praktische Erfolge die Organisierungsversuche der russischen Juden haben werden.“

Der Interviewer: „Welchen Eindruck gewannen Sie von den jüdischen Delegationen?“

Troelstra: „Gleich im Beginn traf ein Delegierter der amerikanischen Sozialisten-Territorialisten ein. Unter den zionistischen Delegierten war auch ein Palästinenser, namens Serubabel, der Redakteur eines hebräischen Blattes in Jerusalem, der aus Palästina während des Krieges flüchtete, weil er wegen eines Pressevergehens zum Tode verurteilt worden war. Er machte einen sehr

sympathischen Eindruck. Dann war noch Herr Kaplansky, der an der Ausarbeitung des Zentralberichtes unseres Komitees mitwirkte, und Herr Chasanowitsch da, mit denen ich viel und freundschaftlich verkehrte. Ich habe bei den zionistischen Delegierten ihren Ernst, ihre Hingabe an die Sache, ihre ruhigen und vernünftigen Ansichten schätzen gelernt und eine angenehme Erinnerung an sie bewahrt."

Der Interviewer: „Wie wirkte es, daß außer den jüdischen Delegationen auch große nicht-jüdische sozialistische Parteien durch Juden vertreten waren?"

Troelstra: „Ich fühle sehr wohl die Schwierigkeiten, welche sich aus dem, was Sie eben sagen, ergeben werden. Der jüdische Arbeiterbund in Rußland hat sich mit den anderen jüdischen sozialistischen Parteien des Landes noch nicht vereinigt. In der politischen Arbeit in Rußland ist indes eine Verständigung erzielt worden. Ebenso wie die national-sozialistischen Letten usw. so treiben auch die Juden dort national-sozialistische Politik und treten bei den Wahlen mit nationalen Kandidatenlisten auf. Ich habe meine zionistischen Freunde gefragt, ob sie nicht den Kontakt mit den anderen sozialistischen Parteien ganz verlieren. Die Zerstreuung der Juden über alle Länder und die Tatsache, daß sie überall eine Minderheit sind, legen ihren nationalen Aktionen eine gewisse Beschränkung auf. Und vor allem haben wir Sozialisten allgemeine sozialistische Forderungen und Gesichtspunkte, welche die größtmöglichste Einigkeit und Tatkraft unserer politischen Parteien notwendig machen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die jüdischen Sozialisten, mit denen ich darüber sprach, sich dessen vollkommen bewußt sind. Wenn das aber in der Praxis nicht der Fall sein sollte, dann könnte das eine gewisse reaktionäre Wirkung haben."

Der Interviewer: „Wie beurteilen Sie die Ansichten für die Durchsetzung der Forderung der Autonomie für die nationalen Minderheiten auf der internationalen sozialistischen Konferenz und dem Friedenskongreß der Regierungen?"

Troelstra: „Man kann heute noch nicht sagen, unter welchen Umständen der Friedenskongreß der Regierungen abgehalten werden wird. Was jedoch unsere sozialistische Konferenz betrifft, so ist diese ganz beherrscht von der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, welche vom russischen Arbeiterrat aufgestellt wurde. Die nationalen Fragen sind früher in der Sozialdemokratie zu sehr vernachlässigt worden. Sie drängen sich jetzt aber in den Vordergrund. Ihre Lösung ist eine Frage der Demokratisierung, und wir Sozialisten haben nur dafür zu sorgen, daß die nationalen Fragen auf eine solche Weise gelöst werden, daß sie einer der Hebel der Weiterentwicklung der Gesellschaft werden und sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen. Das Prinzip der Autonomie einerseits und der Demokratisierung und Föderierung der Nationalitätenstaaten anderseits werden hierbei zur Anwendung und zu einer Lösung gebracht werden müssen."

Die Zionistische Konferenz in Warschau.

Am 28. Oktober wurde die dritte zionistische Landeskonferenz in Polen eröffnet. Rechtsanwalt Olschwanger begrüßte die Erschienenen mit einer hebräischen Ansprache.

Anwesend waren 360 Delegierte, darunter 40 Mitglieder des Misrachi und 50 vom Merkas, die meisten davon aus dem deutschen Okkupationsgebiet; nur 18 Delegierte waren aus dem österreichischen Okkupationsgebiet gekommen. Mit der Konferenz war eine Ausstellung von Werken jüdischer Künstler verbunden, die stark besucht war.

Als erster Redner sprach Dr. Gottlieb (jüdisch) über die allgemeine Lage der Juden und ihre Beziehung zu den Polen sowie über den Zionismus und begrüßte die befreiten Juden in Rußland sowie die Juden in Palästina.

Dr. Rosenblat Lodz (polnisch), begrüßt das polnische Volk und berichtet ausführlich über das Palästina-Ideal und die Juden.

Nach einer Ehrenbezeugung für die verstorbenen Zionisten werden die zahlreichen Begrüßungen vorgelesen, darunter auch vom zionistischen Aktionskomitee, unterschrieben von Prof. Warburg und Dr. Farbstein.

Dr. Klummel (hebräisch) begrüßt im Namen des Warschauer Komitees die Delegierten und Gäste.

Die zweite Sitzung leitet nach einer Wahl des Präsidiums Herr Weizmann mit einer Ansprache zuerst in hebräischer und dann in jüdischer Sprache ein.

Nach einer Schlichtung der andauernden Wahlunstimmigkeiten und Schließung der Wahlliste reichte L. Schalkowitz folgende Resolution zur Abstimmung ein, die mit großer Begeisterung angenommen wurde:

„Die 3. Konferenz der Polnisch-Zionistischen Organisation drückt hiermit dem Skandinavisch-Holländischen Sozialisten-Komitee in Stockholm ihre Erkenntlichkeit aus für die Veröffentlichung seines Friedensmanifestes, in dem zum ersten Male die jüdische Kolonisation in Palästina erwähnt und die Anerkennung der nationalen Autonomie für die Juden aller Länder ausgesprochen ist."

Bei der 3. Sitzung am 29. Oktober, die mit der Debatte über den Bericht des Zionistischen Komitees eröffnet wurde, ging es sehr leidenschaftlich zu. Die kritikvolle Rede des Herrn Freund, Warschau, gegen das Z.K. wurde unterbrochen durch folgende vom Kopenhagener Büro einge-

laufene Begrüßung, die von Dr. Tschlenow und Dr. Jacobson unterschrieben war:

„Wir begrüßen herzlich die zionistische Konferenz. Ohne Übertreibung können wir sagen, daß das ganze Judentum mit Liebe und Bewunderung auf die großzügige nationale Arbeit des polnischen Judentums hinblickt. Inmitten der schwersten Leiden für das tägliche Brot errichtet das polnische Judentum unter den größten Gefahren und mit großer Aufopferung den zukünftigen Bau unserer Nation. Euere Konferenz ist der beste Beweis, daß dem polnischen Judentum als Kulturmacht noch beschieden sein wird, eine große Rolle in dem Aufleben des Judentums im Exil und in Zion zu spielen."

Die Begrüßung wurde mit lebhafter Begeisterung aufgenommen.

Der Gombiner Rabbiner kritisierte in seiner Rede die Beziehungen des Z.K. zu dem „Misrachi".

Nachdem sechs weitere Generalredner die Tätigkeit des Z.K. kritisierten, nahm Julius Berger, als Mitglied des Zentralbüros, das Wort zur Verteidigung des Z.K.; seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Auch Rechtsanwalt Olschwanger wies mit großem Geschick die Angriffe auf das Z.K. zurück.

Dr. Gottlieb legte Vorschläge der Permanenzkommission zur Bildung von Ausschüssen für Palästinaarbeit, Kultur, Schule, politische, wirtschaftliche, philanthropische und politische Organisation, Propaganda und Presse vor. Darauf fanden die Wahlen für diese Kommissionen statt. Unter anderem wurde folgender Vorschlag mit einer kleinen Mehrheit angenommen: „In Betracht ziehend, daß das Z.K. unter schwierigen Bedingungen zu arbeiten hatte, drückt die Konferenz dem Z.K. Dank und Anerkennung aus."

Am dritten Tage wurde unter Vorsitz des Herrn Schalkowitz die Palästinafrage, dann die Schulfrage in längeren Referaten und darauffolgender Aussprache erörtert, ferner referierte Herr Weizmann über die jüdische Turnbewegung.

Am vierten Tage wurde unter der Leitung des Herrn Weizmann die Sprachenfrage, dann Organisationsfragen behandelt, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen und Tumulten kam.

Am fünften Tage gab Herr Minz einen Überblick über die Tätigkeit des Nationalfonds, dann hielt Herr Gottlieb eine längere Rede über die Beziehungen des polnischen Staates zu den Juden.

Die letzte Sitzung wurde der endgültigen Annahme der in verschiedenen Kommissionen ausgearbeiteten Resolutionen, sowie der Neuwahl der Mitglieder des Z.K. gewidmet.

Die Notlage der jüdischen Bevölkerung in Warschau.

Die Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen verschlimmert sich mit jedem Tage. Die bescheidenen Mittel, welche der jüdischen Bevölkerung im Momente des Kriegsausbruchs noch zur Verfügung standen, sind ganz erschöpft, und Leute, die vor dem Kriege über ein Vermögen von sogar 50—60 Tausend Rubel verfügten, sind jetzt ganz mittellos und müssen um Unterstützung bitten. Natürlich ist die Lage derjenigen, die auch früher durch gesellschaftliche Institutionen unterstützt wurden, jetzt, nachdem keine Mittel vorhanden sind, ganz hoffnungslos. Hungerkrankheiten, Epidemien, Typhus, Dissenterie, grassieren fürchterlich unter diesen Familien.

Wie die hygienischen und sanitären Bedingungen in den Stadtvierteln, wo diese Leute wohnen, aussehen, kann man sich schwer vorstellen. Zwei bis drei Familien leben in einem Kellerzimmer, ohne Fußböden und ohne Ofen. Wenn ein Mitglied einer Familie erkrankt, ist sofort das ganze Haus mit seiner Einwohnerschaft von einigen Hundert Seelen bedroht. Aus Furcht vor polizeilichen Maßregeln werden epidemische Vorfälle der Polizei nicht angemeldet. Welche Folgen daraus entstehen, kann man sich leicht denken. An epidemischen Krankheiten Gestorbene bleiben bisweilen drei, vier Tage unter den Lebenden liegen, und auf diese Weise werden ganze Häuser infiziert. Es gibt hunderte und tausende von Familien, welche bei Ausbruch des Krieges 5—6 Kinder hatten, von denen jetzt nur zwei bis drei geblieben sind, von denen manche, infolge Mangels an Ernährung, nicht selbständig gehen können, sodaß 5-6jährige Kinder von den Müttern auf den Armen getragen werden müssen.

Unter den Notleidenden befindet sich eine große Anzahl von Frauen und Kindern, deren Familienhaupt sich in den Reihen der russischen Armee befindet. Ferner gibt es viele Familien, bei denen die Männer oder Väter sich in Amerika oder in Rußland befinden und für ihre Familien nicht sorgen oder kein Geld schicken können.

Die Industrie und der Handel haben aufgehört, viele Arbeiter sind brotlos.

Zufolge Mangel an Rohmaterial sind auch die Handwerker jeder Möglichkeit enthoben, ihren Beruf zu betreiben.

Die Mittelklasse, bestehend aus Grundbesitzern und Kaufleuten befindet sich ebenfalls in einer sehr kritischen Lage. Man kann ohne zu übertreiben behaupten, daß der jüdische Mittelstand ruiniert ist. Achtbare Leute, die sich schämen, von der Wohltätigkeit zu leben, verkaufen ihr Hausgerät, ihre besseren Kleidungsstücke und endlich sogar die nötigste Wäsche, um ihre Familie ernähren zu können. Es gibt viele Fälle, wo Leute, die bis zum Kriege in 5—6 Zimmern wohnten, jetzt außer einem Bette, Tisch und einigen Stühlen, alles verkauft haben und nun allen ihren Bestrebungen zum Trotz nach 3 Jahren qualvoller Entbehrungen doch gezwungen sind, sich an die Hilfskommission wegen kleiner Unterstützungen zu wenden. Das Leid dieser Leute, bis sie sich entschließen, das erstemal eine Unterstützung zu fordern, ist unbeschreiblich. Die ungeheuere Not läßt sie jedoch immer mehr in materielles und moralisches Elend sinken, bis sie allmählich verlernen sich zu schämen und aus früher angesehenen und achtbaren Bürgern einfache Schnorrer werden. Dieser moralische Untergang ist vielleicht noch schrecklicher als der materielle.

Von der jüdischen Bevölkerung in Warschau, bestehend aus ca. 340 000 Juden, leben jetzt 220 000

von spärlicher Unterstützung. Familien, die aus 4—5 Personen bestehen, müssen häufig mit 10 Mark monatlich auskommen. Wenn man in Betracht zieht, daß bei der Rationierung von Brot nur 140 Gramm pro Person täglich gegeben werden, und daß der Preis über dieses Quantum hinaus 60—90 Kop. pro Pfund beträgt, kann man sich schon ein Bild davon machen, wie eine Familie mit 10 Mark monatlich auskommen kann.

Die Sterblichkeit hat sich um das vierfache vergrößert. Ältere Leute und kleine Kinder verschwinden. Leute in den Mitteljahren werden infolge der Unterernährung ganz abgeschwächt und Opfer chronischer Krankheiten. Am schlimmsten ist folgende Neuerscheinung: Der ausgehungerte Organismus greift zuletzt auch das Knochenfett an, welches später, selbst bei reichlicher Ernährung, nicht mehr zu ersetzen ist, und der Betreffende bleibt dann für immer ein Krüppel.

Von der Gesamtzahl der jüdischen Kinder im Alter von 3—13 Jahren, die laut Statistik in Warschau bis 90 000 ausmacht, finden in den Kinderheimen, Talmud-Thoras, Gemeindeschulen und sonstigen Institutionen nur ca. 21 000 Kinder Unterkunft. Die restlichen ca. 70 000 Kinder laufen in den Häusern herum, betteln überall und sind den schrecklichsten Einflüssen der Straße preisgegeben. Die jüdischen Mädchen, welche früher der jüdischen Sittlichkeit der ganzen Welt als Vorbild dienen konnten, sinken infolge der Not und des Elends immer mehr in den Abgrund. Für das Sinken der Sittlichkeit kann man die jüdischen Mädchen keineswegs beschuldigen. Dafür verantwortlich vor dem jüdischen Volke sind diejenigen bemittelten und reichen Juden, die sich weigern, genügende Mittel zur Verfügung zu stellen, um die elenden armen Menschen vor dem Hungertode zu retten.

So steht die ganze jüdische Bevölkerung in Polen vor einem völligen physischen und geistigen Untergang. Die deutschen Behörden tun alles, um die Lage zu bessern, aber diesem Elend gegenüber reichen die Kräfte nicht aus. Die Juden aller Länder müssen ihr Äußerstes tun, um die unglücklichsten ihrer Brüder vom gänzlichen Untergange zu retten.

Zum Vernichtungskampf der Juden in Rumänien.

Der bekannte Rabbiner Moses Revelski aus Ungeni an der rumänischen Grenze berichtet in der Moskauer Tageszeitung „Haam" Nr. 132 über seine Reise in Rumänien:

„Das Schlimmste, was einem Juden in Jassy passieren kann, ist, wenn er beim Gebrauch der jüdischen Sprache ertappt wird. Ich wandte mich häufig an einen Juden auf der Straße, bekam aber nie eine Antwort; die Leute liefen in Schrecken davon. Nachher erklärte man mir, daß ich offenbar nicht wisse, daß man für ein einziges jüdisches Wort, das zufälligerweise gehört werden könnte, ins Gefängnis geschleppt wird. Die „Soroganca", das schlimmste Gefängnis für Kriminalverbrecher, ist überfüllt mit solchen jüdischen „Verbrechern". Nur mit großer Mühe konnte ich im Hause eines Juden Wohnung finden. Jeder zugereiste Jude wird nämlich sofort als Spion verdächtigt.

Schon am nächsten Tage gab man mir authentisches Material über die Greueltaten gegen die Juden in Rumänien. Ich will nur einzelne krasse Fälle herausnehmen:

Ein Mann, Leon Wechsler, ca. 40jährig, wurde in Jassy einberufen und hatte aus Unkenntnis versäumt, dem Offizier den erforderlichen Gruß zu geben. Alle Versuche des Juden, seine Unschuld zu beweisen, seine Beteuerungen, daß er den Offizier nicht rechtzeitig bemerkt habe, blieben erfolglos. Er wurde öffentlich mit der Prügelstrafe gezüchtigt. Nach der Bestrafung verwundete der Leutnant den Juden schwer mit einem Rasiermesser. Wechsler starb nach drei Tagen.

Arkiba Polakki erstattete mir folgenden Bericht:

Nachdem mein Sohn einberufen war, erhielt ich mehrere Monate keine Nachricht. Schließlich erhielt ich von einem Kommandanten, namens Raspinski, eine Nachricht folgenden Inhalts: „Ich beglückwünsche Sie, Arkiba Polakki, Ihr Sohn ist verwundet worden in Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht, als treuer Sohn seines Vaterlandes. Ich selbst habe ihm seine Wunden verbunden." Wie erschreckt war ich, als ich nach einigen Tagen in einer offiziellen rumänischen Zeitung las, daß in der Nähe von Grusisti 10 Juden als Spione hingerichtet wurden, und darunter den Namen meines Sohnes fand. Ich begann sofort nachzuforschen und erhielt schließlich von genannten Kommandantem Raspinski folgende Auskunft: An demselben Tage, wo mein Sohn, Albert Polakki, verwundet wurde, sind noch 10 Juden und ca. 90 Rumänen verwundet worden. Als man die Verwundeten auf den Verbandplatz brachte, erklärten einige Sanitätsbeamte, daß die Verwundungen der Juden nicht von Kugeln herstammten, sondern auf Selbstverstümmelungen zurückzuführen seien, um sich dem Militärdienst zu entziehen. Darauf wurden sie alle zum Tode verurteilt. Ein Augenzeuge berichtet, daß die Soldaten es abgelehnt haben, den Juden Albert Polakki, den sie als guten und treuen Kameraden kannten, zu erschießen, worauf ein Leutnant ihm eine Kugel durch den Kopf jagte."

Der Rabbiner Revelski hat diesen Vorfall am nächsten Tage dem Minister Take Jonesku berichtet, der versprochen hat, eine Untersuchung einzuleiten. Seitdem sind bereits drei Monate verflossen, ohne daß irgend welche Resultate bekannt wurden."

Heinrich Grätz.

(Vortrag gehalten von Jakob Fränkel im National-jüdischen Verband München.)

(Fortsetzung.)

Der Ruf des Gelehrten hatte sich inzwischen so fest begründet, daß Dr. Frankl bei der Gründung des theologischen Seminars in Breslau ihn zum Mitarbeiter berief. Bei seinem Auftreten in Breslau verließ der erste Teil (der 4. Band) „Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart“ die Presse. Durch diesen Titel wollte er zugleich ankündigen, daß Plan und Umriß zu einer Gesamtgeschichte in seinem Geiste feststehe, und daß er eben nur mit dem 4. Band, der „die Geschichte vom Untergang des jüdischen Staates bis zum Abschluß des Talmuds“ behandelt, das erstgeborne Buch herausgebe. Anhänger der Reform wie der Orthodoxie setzten bald nach Erscheinen des Werkes mit einer scharfen Kritik ein. Nichtsdestoweniger hat die jüdische Wissenschaft damals in Grätz einen hervorragenden Forscher gewonnen, der über eine staunenswerte Gelehrsamkeit und Originalität verfügte. Seine Vertrautheit mit Talmud und Midrasch, wie nicht minder mit den Schriften der Kirchenväter, wußte er trefflich zur Geltung zu bringen, und wenn ihm vielleicht, wie die beiderseitigen Kritiker vorgeben, Verfehlungen und Vorstöße vorkamen, so änderte das doch nichts an der Tatsache, daß er Großes geleistet hat. Durch die Stellung in Breslau war seine Existenz gesichert und ihm in dem am 10. August 1854 eröffneten „Jüdisch-Theologischen Seminar“ in Breslau die erwünschte Lebensstellung gewährleistet.

Trotz seiner Amtspflichten am Seminar konnte er eifrig das Werk fördern, das er sich als Lebensziel vorgesetzt hatte und das nun in regelmäßiger, ungestörter Folge seiner Vollendung entgegenging.

Was es heißen will, ein solches vielbändiges Werk zu schaffen, kann ein Laie kaum bemessen. Drei Jahrtausende umspannende, über alle Erdteile sich erstreckende Geschichte des jüdischen Volkes von seinen Ursprüngen bis auf die neueste Zeit herab hat uns Grätz klar gelegt. Er hat den richtigen Standpunkt, von dem aus der geschichtliche Verlauf des Judentums beurteilt werden muß, zwar nicht geschaffen, aber doch zuerst hergerichtet und durchgeführt; er hat allenthalben das Gesichtsfeld freigelegt, um die verschiedenen und vielgestaltigen Phasen dieses Verlaufs überblicken zu können.

Jost hatte bereits 1820 mit einer „Geschichte der Israeliten seit der Zeit der Makkabäer“ begonnen und sie später fortgeführt; allein Jost hat, wie seine Kritiker äußern, voller Verehrung für das Römertum, von christlichen Anschauungen durchsetzt, sich gefürchtet, dem Judentum und dem Rabbinismus vollauf gerecht zu werden. Grätz war von derartigen Rücksichten und Bedenken durchaus frei; irgendwelche Furcht oder Scheu vor der Bildung eines Urteils hat er niemals gekannt. Wie klar sich Grätz bei seinem Plan, eine jüdische Geschichte zu schreiben, war, zeigt ein Vorfall, der sich im Hause des Dr. M. Sachs in Berlin abspielte. Dort traf Grätz mit Zunz zusammen. Der Hausherr stellte beide vor und bemerkte dabei, daß Grätz eine jüdische Geschichte schreiben wolle. Zunz erwiderte, anspielend auf verschiedene damals erschienene Machwerke, die sich jüdische Geschichte nannten, spitz: „Wieder eine Geschichte der Juden?“ „Allerdings,“ antwortete Grätz scharf, „aber diesmal eine jüdische Geschichte.“

Grätz hat nicht nur neue Quellen erschlossen, er hat den bereits erschlossenen nicht selten neue Gesichtspunkte abgewonnen. Er verstand es, wie Bloch in seiner Schrift über Grätz hervorhebt, jüdischen Berichten, die fast verblaßt schienen oder gar unglaubwürdig klangen, durch Aufspürung schwer erkennbarer Parallelen und Belege bei nichtjüdischen Schriftstellern den farbenfrischen Hintergrund oder die lebensvolle Wirklichkeit oder doch den tatsächlichen Kern zu rekonstruieren, und suchte bald mit mehr bald mit weniger Glück überall Mittelglieder und Ergänzungsstücke herauszufinden und einzufügen. Als sein höchstes, von keinem anderen erreichtes Verdienst muß gerühmt werden, daß er durch sein gemeinfaßliches, hinreißendes Wort sich in alle Schichten seiner Glaubensgenossen Eingang verschaffte, in ihnen das Bewußtsein einer trotz aller Verfolgungen und Erniedrigungen ruhmvollen Vergangenheit wieder angeregt und den Glauben an die geistige Zukunft Israels neu geweckt hat.

Er konnte den für einen jüdischen Schriftsteller seltenen Erfolg verzeichnen, daß sein Lebenswerk in kurzer Zeit vier Auflagen erlebte und ins Französische, Englische, Russische und — was uns am Wertvollsten erscheint — ins Hebräische übersetzt wurde.

Grätz's Forschungen als Exeget ließen ihn zu Resultaten kommen, die einen schneidenden Gegensatz zu allen landläufigen Begriffen bilden; diese Resultate wurden vielfach entschieden abgelehnt, ohne daß er sich in seinem weiteren exegetischen Vorgehen beirren ließ. (Schluß folgt.)



Welt-Echo

Jüdische Kriegsgefangene. Die Kreisauskunftsstelle und Kriegsgefangenenhilfe vom Roten Kreuz, Regensburg, Schwarze Bärenstraße 1, schreibt: „Aus dem neutralen Ausland erging an uns die Aufforderung, Adressen jüdischer hilfsbedürftiger Kriegsgefangener zu sammeln zum Zwecke der regelmäßigen Unterstützung derselben. Die gedachte Unterstützung erfolgt von Seiten eines uns als zuverlässig bekannten Komitees, welches sich „Freunde der jüdischen Kriegsgefangenen" betitelt und zwar in Form von Liebesgabenpaketen und Geldsendungen. Die unterfertigte Stelle bittet daher die Angehörigen jüdischer Kriegsgefangener aus der Oberpfalz uns sofort die Adressen der Gefangenen bekannt zu geben. Die Anmeldung soll sich nicht nur auf deutsche jüdische Kriegs- und Zivilgefangene beschränken, sondern sich auch auf österreichisch-ungarische Kriegs- und Zivilgefangene ausdehnen und zwar ohne Unterschied, ob in französischer, englischer, russischer oder italienischer Gefangenschaft. Kreisauskunftsstelle und Kriegsgefangenenhilfe vom Roten Kreuz, Regensburg, Schwarze Bärenstraße 1."

Auch die Auskunftsstelle Fürth, Königswarterstraße 18 nimmt von 9.30—12 Uhr entsprechende Gesuche an.

Verband der Deutschen Juden. Am 28. Okt. fand eine Sitzung des Gesamtausschusses des Verbandes der Deutschen Juden statt, an der auch zahlreiche auswärtige Mitglieder teilnahmen. Die Sitzung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Geheimen Justizrat Cassel, eröffnet, der in einer Ansprache dem dem Verbande so jäh entrissenen und um ihn hochverdienten Vorsitzenden, Herrn Justizrat Maximilian Horwitz, einen die Versammlung tief ergreifenden Nachruf widmete. Es wurde ferner des verstorbenen Justizrat Abraham Ofner, welcher als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses dem Verbande stets die regste Teilnahme gewidmet und für die Interessen des Judentums und dessen Bekennern, inbesondere auch als erster Vorsitzender des Vorstandes der israelitischen Kultusverwaltung in München die förderlichste Wirksamkeit Jahrzehnte hindurch entfaltet hat, in ernsten Worten gedacht. Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden, dem ausgeschiedenen langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden und Mitbegründer des Verbandes, Herrn Justizrat Breslauer, den tiefgefühlten Dank des Verbandes für seine so eifrige, aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit auszudrücken. — Demnächst wurden von dem Ausschuß einstimmig durch Zuruf Herr Geheimer Justizrat Cassel zum ersten Vorsitzenden, Herr Geheimrat Fuchs und Herr Justizrat Makower zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Fürsorge für die jüdische Bevölkerung in Oberost. Die Verwaltung des Oberbefehlshabers-Ost bewilligte einem Privattelegramm zufolge hunderttausend Mark als Vorschuß, um sofort eine Anzahl Eisenbahnwagen voll alter und neuer Stiefel und alter Kleider aus der Schweiz unter die arme jüdische Bevölkerung in Oberost, teils unentgeltlich, teils zum Selbstkosenpreise, verteilen zu können. Es war den fortgesetzten Bemühungen des Berliner „Komitees für den Osten" gelungen, von der Schweizer Regierung die Ausfuhr- und von der deutschen Regierung die Durchfuhrerlaubnis zu erlangen.

Palästina als nationale Heimstätte für die Juden. 250 jüdische Vereinigungen Großbritanniens richteten ein Ersuchen an die britische Regierung wegen Wiederherstellung Palästinas als nationaler Wohnplatz für das jüdische Volk.

Die Auflösung des Conjoint-Committee. Nachdem das Vorgehen des englischen „Board of Deputies" gegen den Zionismus, über das wir eingehend berichtet haben, grundlegende Änderungen in der Vertretung der englischen Judenheit notwendig gemacht hat, wurden in einer Sitzung, die unter dem Vorsitz des Präsidenten Claude G. Montefiore stattfand, einige Resolutionen behandelt, die die Auflösung des Conjoint Committee verlangten. Die vorgeschlagenen Resolutionen lauteten:

1. Daß gemäß dem Wunsche des Board of Deputies das Übereinkommen zwischen der Anglo Jewish Association und dem Board of Deputies wegen Errichtung eines Conjoint Foreign Committee annulliert und mit dem heutigen Tage beendet sein soll. Daß ferner diese Resolution dem Board of Deputies mitgeteilt werden soll und daß der Board durch den Vorstand der Anglo Jewish Association davon Kenntnis erhalten soll, daß die Anglo Jewish Association mit Freude neue Vorschläge vom Board of Deputies wegen der Schaffung neuer Übereinkommen, die für beide Körperschaften annehmbar sind, empfangen würde.

2. Daß bis zur Abschließung neuer Vereinbarungen mit dem Board of Deputies ausländische Angelegenheiten einem besonderen Komitee anvertraut werden sollen, das aus dem Exekutivkomitee der Anglo Jewish Association und folgenden 4 Herren bestehen soll: Sir Matthew Nathan, Lord Swaythling, Mr. Leonard L. Cohen und Mr. Oswald John Simon. Daß dieses Sonderkomitee dieselbe Macht und dieselben Beziehungen zum Vorstand haben soll wie das alte Conjoint Committee."

Es entstand eine sehr lebhafte Diskussion; die Herren Montefiore, B. Kisch und Elkan N. Adler befürworteten die Annahme der Resolution. Scharfe Opposition hingegen machte der zionistische Führer Herr Joseph Cowen, der sich gegen neue Vereinbarungen zwischen den beiden Körperschaften aussprach. „Das Conjoint Committee" hat im Juli dieses Jahres sein Ende erreicht, und diese Tatsache sollte anerkannt werden. Die Judenheit wünscht heute ein repräsentatives Komitee für England, während die Anglo Jewish Association nur eine kleine Anzahl von Mitgliedern repräsentierte. Die Association hat kein Recht sich mit den ausländischen Affären zu beschäftigen, man würde ihr nicht erlauben sich mit der Palästinafrage zu befassen."

Er schlug daher vor, die Worte: „Schaffung neuer Übereinkommen, die für beide Seiten annehmbar sind“ zu streichen. Es solle vielmehr ein repräsentatives Komitee gewählt werden, welches alle Juden des Königreiches vertritt.

Nachdem Lucien Wolf, Joseph Prag und schließlich wiederum Montefiore gegen die von Cowen vorgeschlagene Änderung der Resolution gesprochen hatten, wurden die vorgeschlagenen Resolutionen in ihrer ursprünglichen Form angenommen. Auf diese Weise ist das Conjoint Committee auch offiziell aufgelöst worden.

Die russischen Juden in England. In London haben Ausschreitungen gegen russische Juden stattgefunden. Russische Juden, selbst jüdische Soldaten wurden vom Pöbel und englischen Soldaten verprügelt und mit Steinen beworfen. In den Stadtvierteln, wo viele russische Juden wohnen, sammelten sich Menschenhaufen an, welche lärmende Kundgebungen veranstalteten, die Juden beschimpften und die Fensterscheiben jüdischer Häuser einschlugen. Nur dem energischen Eingreifen der Polizei gelang es, die Ordnung wiederherzustellen.

Northcliffblätter verbreiteten das Gerücht, daß die russischen Juden durch Verprügelung und Verhöhnung englischer Soldaten die Ausschreitungen verursacht hatten und hetzen aus diesem Anlaß gegen die russischen Juden. Dieses Gerücht entbehrt den jüdischen Blättern Londons zufolge jeder Grundlage.

Die Gemeindewahlen in Moskau. Die Wahl der Vertreter der jüdischen Gemeinde ist nunmehr abgeschlossen. Das Resultat der Wahl ergab:

18 Zionisten,
7 Orthodoxe,
6 Unparteiische Bürgerliche,
5 Volkspartei,
5 Bundisten,
3 Sozial-Zionisten,
1 Sejmist,
1 Poale Zion.

Eine neue zionistische Arbeiterpartei in Rußland. Am 15. September tagte in Moskau die Vorkonferenz der neuen zionistischen Arbeiterpartei (Sionistow-Trudowikow), nicht zu verwechseln mit den „Poale-Zion“. Nach einem ausführlichen Referat, das die Gründe zur Entstehung dieser besonderen Fraktion auseinandersetzte, wurde beschlossen, eine Konferenz der Anhänger der neuen Partei für Ende November einzuberufen. Die Vorkonferenz beschloß spätestens am 1. Oktober mit der Herausgabe eines eigenen wöchentlichen Organs in russischer Sprache zu beginnen. Die Frage, ob die zionistische Arbeiterpartei als eine selbständige oder als eine innerhalb der allgemeinen zionistischen Organisation existierende Fraktion auftreten soll, ist der Konferenz zur Entscheidung überlassen worden. Wie verlautet, soll der bekannte Schriftsteller Rappaport (An-sky) der neuen Partei nahe stehen.

Die Konstituante in Rußland. Die Wahlkampagne zur russischen konstituierenden Versammlung hat unter den Juden Rußlands bereits ihren Anfang genommen. Die zionistische Organisation hat ein großes politisches Programm ausgearbeitet und eine größere Anzahl von Agitatoren zur Organisierung und Vorbereitung der Wahlen in die Provinz geschickt.

Die Bestrebungen der Zionisten, mit den anderen jüdischen Parteien einen nationalen Block für die Gouvernements des früheren Ansiedelungsrayons zu bilden, um das Maximum der jüdischen Stimmen auf die jüdische Wahlliste zu vereinigen, zwecks Erreichung einer möglichst großen Anzahl von jüdischen Mandaten, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Die Hauptdifferenz zwischen den Zionisten und den Führern der Volksgruppe besteht darin, daß die letzteren für sich das Vorrecht ausbedingen wollen, auch für nicht-jüdische Wahllisten zu arbeiten.

Die zionistische Organisation hat dessen ungeachtet allen Lokal-Komitees die Parole ausgegeben, überall, wo die Möglichkeit dafür vorhanden ist, einen jüdisch-nationalen Block zu bilden.

Die Hauptforderung der Zionisten ist die Bildung einer jüdischen Fraktion in der kommenden konstituierenden Versammlung, die sich in jüdischen Fragen den Beschlüssen des bevorstehenden jüdischen Kongresses zu unterwerfen hat.

Eine Antipogrom-Gesellschaft. Der „Jewish-Chronicle“ meldet, daß in Südrußland eine Anti-

pogrom-Gesellschaft begründet wurde, der viele angesehene Banken und Großkaufleute angehören. Die Idee sei zuerst in der Stadt Tsaritzin, dem ehemaligen Wirkungskreis des Mönchs Iliodor, aufgetaucht, da man in dieser Gegend bei einer politischen Umwälzung bestimmt mit blutigen Ausschreitungen gegen die Juden rechne. Anderseits erfährt dasselbe Blatt, daß in mehreren südrussischen Städten unter dem Deckmantel von Lebensmittelausschreitungen antijüdische Exzesse stattgefunden haben. — Bei allen diesen Nachrichten ist zu bedenken, daß Ausschreitungen nicht nur gegenüber den Juden vorkommen, sondern daß zur Zeit die Verhältnisse in Rußland allgemein sehr unsicher sind.

Feuilleton

Die Kochkiste.

Daß die Kochkiste schon zur römischen Kaiserzeit vorhanden war, weist, wie der „Rhein. West. Ztg." aus Jena geschrieben wird, der dortige Forscher Dr. Gerth völlig einwandfrei nach, und zwar haben die alten Juden Roms im ersten Jahrhundert nach Christus die den Grundgedanken der Kochkiste bergenden Einrichtungen gehabt. In seinen Satiren (III, 12 ff.) erzählt nämlich der Dichter Juvenal, daß er mit seinem Freunde Umbricus in das Tal hinabgestiegen sei, wo einst Numa seiner Freundin Egeria das nächtliche Stelldichein gegeben habe, jetzt aber aller Zauber dieser Erinnerung geschwunden sei dadurch, daß man den heiligen Hain an die Juden verpachtet habe:

„Hier wo Numa dereinst die nächtliche Freundin bestellte,
Haben den Tempel und Hain mit der heiligen Quelle die Juden
Jetzo gepachtet, die Heu und den Tragkorb führen im Hausrat."

Was bedeuten nun die Worte: Heu und Tragkorb führen im Hausgerät? Da die Juden auch in ihrem Elend jede Berührung mit Fremden, die über den Handelsverkehr hinausging, scheuten, so führten sie ihre Lebensmittel in Körben beständig mit sich, so daß man sich ihre Existenz im Haine der Egeria ungefähr als eine Zigeunerwirtschaft vorstellen kann, und das Heu, da es stets zusammen mit dem Tragkorb genannt wird, diente nicht etwa zur Lagerstätte, sondern dazu, die vorher zubereiteten Speisen, die in dem Tragkorb aufbewahrt wurden, längere Zeit warm zu halten, also ein richtiges Kochkistensystem. Dieses Heu, zusammen mit dem Tragkorb, wird auch noch erwähnt Sat. VI, 542 als charakteristisch für die jüdischen Bettler und Wahrsagerinnen: „Dann bettelt sich zitternd die Jüdin heimlich zum Ohre, nachdem sie verlassen das Heu und den Tragkorb, als Solymäscher Gesetze Auslegerin, mächtige Priesterin unter dem Baum." Daraus geht nicht nur hervor, daß die vornehmen Damen Roms die jüdischen Wahrsagerinnen aufsuchten, sondern daß letztere einen Targkorb, ausgepolstert mit Heu, zum Warmhalten der Speisen mit sich führten.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Notstandsaktion für Palästina. Z. Kreschower, München, für verloren gegangene Büchse: 4 Mk.

Spendenbuch. Frau Lina Levinger anläßlich des Todes ihres Sohnes Otto Levinger: 20 Mk.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München